Alles was Recht ist

Verwechslung eines Präparats und die Folgen

Der Träger eines Krankenhauses musste sich vor dem Oberlandesgericht Köln verantworten. Ihm wurde eine Schädigung einer Patientin durch die Unachtsamkeit einer Ärztin des Krankenhauses vorgeworfen.

Die Patientin litt an rezidivierenden Abszessen in der linken Brust, die im Krankenhaus operativ behandelt wurden. Postoperativ wurde die Wunde täglich mit einem Antiseptikum gespült. Nach einigen Tagen spülte eine im Krankenhaus beschäftigte Ärztin die Wunde versehentlich mit einem Flächendesinfektionsmittel. Dieses hatte sie vor dem Abfüllen von einem Wagen genommen, auf dem sich Desinfektionsmittel, die zur Behandlung von Patienten bestimmt sind, und Verbandsmaterial befanden. Unmittelbar nach der Spülung und auch in weiterer Folge wurden Nachspülungen mit einer Kochsalzlösung vorgenommen.

Die Berufshaftpflichtversicherung des Trägers zahlte vorgerichtlich einen geringen Schmerzensgeldbetrag. Die Patientin hielt diesen Betrag für zu niedrig. Die Spülung mit dem Flächendesinfektionsmittel habe zu erheblichen und lang andauernden Schmerzen sowie zu einem um viele Monate verzögerten Heilungsverlauf geführt. Hierfür sei ein deutlich höherer Betrag angemessen.

So sah das Gericht den Fall

Das Oberlandesgericht Köln hat – sachverständig beraten – der Klage überwiegend stattgegeben (Urteil vom 27.06.2012, Az. 5 U 38/10). Die versehentliche Verwendung eines Flächendesinfektionsmittels zur Spülung der Brust stelle einen groben Behandlungsfehler dar. Dieser setze neben einem eindeutigen Verstoß gegen bewährte ärztliche Behandlungsregeln oder gesicherte medizinische Erkenntnisse voraus, dass ein Fehler begangen werde, der aus objektiver Sicht nicht mehr verständlich erscheint, weil er einem Arzt schlechterdings nicht unterlaufen darf (BGH VersR 2007, 541). Die Streitgegenständli-

che Verwechslung sei nicht mehr verständlich und durch eine Kontrolle des Etiketts der Flasche, aus der das Mittel in eine Spritze abgefüllt wird, leicht zu vermeiden.

Der Behandlungsfehler sei für die Schädigung der Patientin auch ursächlich. Nach Ansicht des Sachverständigen führe die Spülung einer Wunde mit dem Flächendesinfektionsmittel zu einer Verätzung des Gewebes. Während der Spülung der in der Brust befindlichen Kanäle habe die Patientin starke Schmerzen geäußert, was die im Krankenhaus beschäftigte Ärztin im Rahmen ihrer Anhörung bestätigt habe. Auch der Heilungsverlauf habe sich verzögert. Liege ein grober Behandlungsfehler vor, der geeignet ist, einen Schaden der tatsächlich eingetretenen Art zu verursachen, trete eine Beweislastumkehr im Hinblick auf den ursächlichen Zusammenhang zwischen der Behandlung und dem Schaden ein. Die Beweislastumkehr erstrecke sich nicht nur auf die unmittelbaren Primärschäden, sondern auch auf Sekundärschäden, sofern diese sich typischerweise aus der Primärverletzung ergeben können. Vorliegend sei die Verzögerung des Heilungsverlaufs als typische Folge einer Wundspülung mit dem Flächendesinfektionsmittel anzusehen. Daher seien auch diese Umstände von einer Beweislastumkehr umfasst.

Was bedeutet das Urteil für den klinischen Alltag?

Die Verwechslung von Präparaten wie beispielsweise Arzneimittel führt in der Rechtspraxis schnell zur Annahme eines groben Behandlungsfehlers. Nicht nur den Ärzten obliegt eine entsprechende Sorgfaltspflicht. Auch die Krankenhäuser haben durch organisatorische Vorgaben und Kontrollen sicherzu-

Dr. Patrick M. Lissel

... stellt unter „Alles was Recht ist“ gerichtliche Entscheidungen aus dem Bereich der Gynäkologie und Geburtshilfe vor.

stellen, dass eine Verwechslung ausgeschlossen ist. Dies gilt umso mehr, wenn, etwa durch äußere Merkmale, eine erhöhte Verwechslungsgefahr besteht. Vorliegend wendete der Träger des Krankenhauses ein, dass Antiseptikum und Flächendesinfektionsmittel vom Hersteller in gleichartigen Flaschen abgefüllt worden seien. Gerade dann ist es, so auch das Oberlandesgericht Köln, unverständlich, dass das Flächendesinfektionsmittel auf einem Wagen zusammen mit zur Behandlung von Patienten bestimmten Desinfektionsmitteln und Verbandsmaterial abgestellt worden war.

Dr. Patrick M. Lissel, LL.M.
Rechtsanwalt und Fachanwalt für
Medizinrecht
Ottostraße 1
80333 München